

# Amtsblatt

## der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

### Teil I

Nummer 2

Ausgegeben in München am 30. Januar 2006

Jahrgang 2006

#### Hinweis

Diesem KWMBI liegt das Inhaltsverzeichnis zum KWMBI I 2005 bei. Die Einbanddecken zum KWMBI I und KWMBIeibl können von der Buchbinderei Siegfried Loibl, Waldstraße 57, 94121 Salzweg, Fax: 0851/4 70 02, bezogen werden.

#### Inhalt

	Seite		Seite
<b>I. Rechtsvorschriften</b>		<b>II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst</b>	
Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Vergütungen für Professoren, Professorinnen, Hochschulassistenten und Hochschulassistentinnen bei Prüfungen nach der Lehramtsprüfungsordnung I .....	22	Führungskräftestandards in der bayerischen Staatsverwaltung (FKSBayStV) ....	40
Verordnung zur Änderung der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für das Lehramt der gewerblichen Fachlehrer an Berufsschulen und der Fachlehrer für Schreibtechnik an beruflichen Schulen in Bayern und der Qualifikationsverordnung .....	23	Ausgleich von Prüfungsnachteilen an Berufsfachschulen, Wirtschaftsschulen, Fachschulen und Fachakademien aufgrund dauernder Behinderung .....	42
Verordnung zur Änderung der Hochschulprüfungsverordnung .....	31	Prüfungsvergütungen und Vergütungen für Aufsichtführende bei Prüfungen nach der Lehramtsprüfungsordnung I .....	43
Verordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für die Anstellungsprüfung (II. Lehramtsprüfung) der Fachlehrer ....	32	Ausführungsbestimmungen zur Prüfungsordnung für die Anstellungsprüfung – II. Lehramtsprüfung – der Fachlehrer (ABFPO II) .....	43
Verordnung zur Aufhebung der Fachschulordnung Hauswirtschaft .....	37	Zulassung von Lernmitteln .....	44
Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Virtuelle Hochschule Bayern .....	38	<b>III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen</b>	—

## I. Rechtsvorschriften

2032-3-4-5-UK

**Verordnung  
zur Änderung der  
Verordnung über die Gewährung von  
Vergütungen für Professoren, Professorinnen,  
Hochschulassistenten und Hochschulassistentinnen  
bei Prüfungen nach der Lehramtsprüfungsordnung I  
Vom 17. November 2005 (GVBl S. 577)**

Auf Grund von Art. 29 Satz 3 und Art. 32 Abs. 7 Satz 3 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. August 2001 (GVBl S. 458, BayRS 2032-1-1-F), zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

### § 1

Die Verordnung über die Gewährung von Vergütungen für Professoren, Professorinnen, Hochschulassistenten und Hochschulassistentinnen bei Prüfungen nach der Lehramtsprüfungsordnung I (VergV-LPO I) vom 17. Mai 2004 (GVBl S. 202, BayRS 2032-3-4-5-UK) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden die Worte „für Professoren, Professorinnen, Hochschulassistenten und Hochschulassistentinnen“ gestrichen.
2. § 1 erhält folgende Fassung:

### „§ 1

Diese Verordnung gilt für Professoren und Profes-

sorinnen der Bundesbesoldungsordnung C, beamtete wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Oberassistenten, Oberassistentinnen, Oberingenieure und Oberingenieurinnen, die bei Prüfungen nach der Ordnung der Ersten Staatsprüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen (Lehramtsprüfungsordnung I – LPO I) zu Prüfern oder Aufsichtführenden bestellt sind.“

### § 2

<sup>1</sup>Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft. <sup>2</sup>Sie gilt nicht für die Auszahlung von Prüfungsvergütungen, Vergütungen für die Mitglieder der Prüfungshauptausschüsse, Vergütungen für örtliche Prüfungsleiter und Vergütungen für Aufsichtführende, die auf Leistungen beruhen, die bis zum Ablauf des 31. Dezember 2004 erbracht wurden.

München, den 17. November 2005

Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider  
Staatsminister

2038-3-4-7-6-UK, 2210-1-1-3-UK/WFK

**Verordnung  
zur Änderung der  
Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung  
für das Lehramt der gewerblichen Fachlehrer an Berufsschulen und  
der Fachlehrer für Schreibtechnik an beruflichen Schulen in Bayern  
und der Qualifikationsverordnung**

**Vom 18. November 2005 (GVBl S. 588)**

Es erlassen auf Grund von

1. Art. 19 Abs. 2, Art. 25 Abs. 5, Art. 115 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 8. März 2005 (GVBl S. 69),

die Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und dem Landespersonalausschuss, mit Ausnahme von § 2,

2. Art. 60 Abs. 8 Satz 2 Halbsatz 1 und Abs. 4 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl S. 740, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 18 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84),

das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, soweit erforderlich im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, mit Ausnahme von § 1,

folgende Verordnung:

**§ 1**

Die Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für das Lehramt der gewerblichen Fachlehrer an Berufsschulen und der Fachlehrer für Schreibtechnik an beruflichen Schulen in Bayern (ZAPOFIB) vom 21. April 1997 (GVBl S. 154, BayRS 2038-3-4-7-6-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. März 2000 (GVBl S. 334), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für das Lehramt der Fachlehrer für gewerblich-technische Berufe, der Fachlehrer für Hauswirtschaft und der Fachlehrer für Schreibtechnik an beruflichen Schulen in Bayern (ZAPOFIB)“

2. Die Inhaltsübersicht erhält folgende Fassung:

**„Inhaltsübersicht**

**Abschnitt I**

**Allgemeines**

- § 1 Geltungsbereich

- § 2 Laufbahnbefähigung

- § 3 Zulassungsvoraussetzungen

**Abschnitt II**

**Einstellungsprüfung**

- § 4 Zweck der Einstellungsprüfung

- § 5 Prüfungsausschuss

- § 6 Zulassung zur Einstellungsprüfung, Prüfungsgegenstand, Bewertung der Prüfungsleistungen

- § 7 Geltung der Einstellungsprüfung

**Abschnitt III**

**Vorbereitungsdienst**

- § 8 Zulassung zum Vorbereitungsdienst

- § 9 Rechtsstellung während des Vorbereitungsdienstes

- § 10 Dauer und Gestaltung des Vorbereitungsdienstes

**Abschnitt IV**

**Anstellungsprüfung**

- § 11 Durchführung und Zweck der Prüfung

- § 12 Prüfungsausschuss

- § 13 Aufgaben des Prüfungsausschusses und des vorsitzenden Mitglieds des Prüfungsausschusses

- § 14 Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung des Prüfungsausschusses

- § 15 Prüfer

- § 16 Prüfungstermine

- § 17 Zulassung zur Prüfung, Nachteilsausgleich

- § 18 Schriftliche Prüfung

- § 19 Mündliche Prüfung

- § 20 Schulpraktische Prüfung

- § 21 Einzelnoten, Gesamtprüfungsnote

- § 22 Platzziffer

- § 23 Nichtbestehen der Prüfung

- § 24 Prüfungszeugnis, Bescheinigung

- § 25 Ausscheiden aus dem Vorbereitungsdienst

- § 26 Rücktritt, Verhinderung und Versäumnis

- § 27 Unterschleif, Beeinflussung und Ordnungsverstoß

- § 28 Wiederholung der Prüfung

**Abschnitt V**

**Erwerb der fachgebundenen Hochschulreife**

- § 29 Fachgebundene Hochschulreife

## Abschnitt VI

## Schlussvorschriften

§ 30 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten“

## 3. § 1 erhält folgende Fassung:

## „§ 1

## Geltungsbereich

(1) <sup>1</sup>Diese Verordnung regelt Zulassung, Ausbildung und Prüfungen

1. der Fachlehrer für gewerblich-technische Berufe,
2. der Fachlehrer für Hauswirtschaft und
3. der Fachlehrer für Schreibtechnik

an beruflichen Schulen mit der Lehrbefähigung zur Erteilung des fachlichen Unterrichts mit überwiegend fachpraktischem Anteil. <sup>2</sup>Die Ausbildung erfolgt bedarfsbezogen. <sup>3</sup>Die Verordnung gilt für Fachlehrer des Staates, der Kommunen und anderer nichtstaatlicher Schulträger in Bayern.

(2) Soweit diese Verordnung keine Regelung enthält, gelten die Vorschriften der Laufbahnverordnung (LbV) und der Allgemeinen Prüfungsordnung (APO).“

4. In § 2 werden die Worte „gewerblichen Fachlehrers an Berufsschulen und des Fachlehrers für Schreibtechnik“ durch das Wort „Fachlehrers“ ersetzt.
5. §§ 3 bis 7 erhalten folgende Fassung:

## „§ 3

## Zulassungsvoraussetzungen

(1) In den Vorbereitungsdienst kann eingestellt werden, wer

1. die allgemeinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllt,
2. bei Beginn des Vorbereitungsdienstes unbeschadet von § 17 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 3 LbV und in Abweichung von § 34 Abs. 1 Nr. 1 LbV das 38. Lebensjahr noch nicht vollendet hat,
3. die Voraussetzungen des Art. 25 Abs. 5 Satz 2 BayBG in Verbindung mit Art. 25 BayEUG erfüllt,
- 4.a) bei Fachlehrern für gewerblich-technische Berufe die Meisterprüfung im Handwerk oder die Industriemeisterprüfung mit Erfolg abgelegt hat; an die Stelle der Meisterprüfung kann der erfolgreiche Abschluss einer öffentlichen oder staatlich anerkannten Fachschule oder Fachakademie treten; oder

b) bei Fachlehrern für Hauswirtschaft eine mit Erfolg abgelegte Abschlussprüfung der Fachakademie für Hauswirtschaft nachweist; oder

c) bei Fachlehrern für Schreibtechnik die Staatliche Prüfung für Lehrkräfte der Textverarbeitung mit Erfolg abgelegt hat und eine einschlägige kaufmännische Berufsausbildung nachweist und

5. über eine einschlägige betriebspraktische Erfahrung von mindestens 3 Jahren nach Abschluss der beruflichen Erstausbildung verfügt (hierin können Zeiten der für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst notwendigen abgeschlossenen beruflichen Fortbildung enthalten sein), und
6. in den Fällen der Nr. 4 Buchst. a und c die gesamte Einstellungsprüfung und im Fall des Buchst. b den Lehrversuch erfolgreich abgelegt hat.

(2) <sup>1</sup>Die Zulassung zum Vorbereitungsdienst ist zu versagen, wenn Tatsachen vorliegen, die den Bewerber für die Tätigkeit als Lehrer ungeeignet erscheinen lassen. <sup>2</sup>Insbesondere müssen die sich bewerbenden Personen die für den Beruf einer Lehrkraft erforderliche Gesundheit besitzen. <sup>3</sup>Der Nachweis der Gesundheit ist durch amtsärztliches Zeugnis zu erbringen.

## § 4

## Zweck der Einstellungsprüfung

Die Einstellungsprüfung soll zeigen, ob die sich bewerbenden Personen die Eignung für den Vorbereitungsdienst in der Laufbahn des Fachlehrers an beruflichen Schulen besitzen.

## § 5

## Prüfungsausschuss

(1) <sup>1</sup>Die Einstellungsprüfung wird im Auftrag des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus von einem beim Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern, Abt. IV (im Folgenden: Staatsinstitut), eingerichteten Prüfungsausschuss durchgeführt. <sup>2</sup>Die Vorschriften über die Anstellungsprüfung (§§ 11 ff.) finden sinngemäß Anwendung, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist.

(2) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss besteht aus einer Vertretung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus als vorsitzendem Mitglied, aus der Leitung des Staatsinstituts, zwei Lehrkräften des höheren Dienstes und zwei Fachlehrern. <sup>2</sup>Für das vorsitzende Mitglied und für jedes weitere Mitglied des Prüfungsausschusses wird eine Stellvertretung bestimmt.

## § 6

## Zulassung zur Einstellungsprüfung, Prüfungsgegenstand, Bewertung der Prüfungsleistungen

- (1) Die Durchführung der Einstellungsprüfung



wird unter Angabe der Zulassungsvoraussetzungen, der vorzulegenden Nachweise und der Meldefrist im Bayerischen Staatsanzeiger und im Beiblatt zum Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst ausgeschrieben.

(2) <sup>1</sup>Die Einstellungsprüfung besteht für Personen, die die Lehrbefähigung als Fachlehrer für gewerblich-technische Berufe oder als Fachlehrer für Schreibtechnik gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 oder 3 erwerben wollen, aus einem Lehrversuch und einem schriftlichen Deutschtest. <sup>2</sup>Bei Personen, die die Lehrbefähigung als Fachlehrer für Hauswirtschaft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 erwerben wollen, umfasst die Einstellungsprüfung nur einen Lehrversuch. <sup>3</sup>Die Einstellungsprüfung kann einmal je Einstellungsjahr abgelegt werden.

(3) <sup>1</sup>Zur Einstellungsprüfung können nur Personen zugelassen werden, welche die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3, 4 Buchst. a, b oder c sowie Nr. 5 und die in der Ausschreibung genannten fachlichen Voraussetzungen erfüllen. <sup>2</sup>Über die Zulassung zum Lehrversuch entscheidet die Schulleitung der Schule, an welcher die im Einstellungsverfahren ausgeschriebene Fachlehrerstelle zu besetzen ist, über die Zulassung zum Deutschtest der Leiter des Staatsinstituts, jeweils im Auftrag des vorsitzenden Mitglieds des Prüfungsausschusses.

(4) <sup>1</sup>Der Lehrversuch wird im Auftrag des Prüfungsausschusses grundsätzlich an der Schule durchgeführt, an welcher der spätere Einsatz der sich bewerbenden Person erfolgen soll. <sup>2</sup>Der Lehrversuch dauert mindestens 30 und höchstens 45 Minuten und bezieht sich auf den Nachweis von Kenntnissen und (insbesondere pädagogischen) Fähigkeiten aus dem Berufsfeld der sich bewerbenden Person im Rahmen einer konkreten Unterrichtssituation. <sup>3</sup>Der Lehrversuch wird an öffentlichen Schulen vor einem vom Prüfungsausschuss bestellten Gremium aus dem Schulleiter oder der Schulleiterin und zwei Lehrkräften des betroffenen Fachbereichs (davon eine externe Lehrkraft) durchgeführt und durch dieses Gremium bewertet; an Privatschulen muss dem Gremium zusätzlich eine Vertretung der Schulaufsicht angehören, die zugleich den Vorsitz führt. <sup>4</sup>Wer beim Lehrversuch eine schlechtere Note als „ausreichend“ erzielt, hat die Einstellungsprüfung nicht bestanden und kann nicht am Deutschtest teilnehmen.

(5) <sup>1</sup>Der Deutschtest wird am Staatsinstitut durchgeführt; an ihm können nur Personen teilnehmen, die den Lehrversuch bestanden haben. <sup>2</sup>Die Arbeitszeit beträgt mindestens 90 und höchstens 120 Minuten. <sup>3</sup>Der Deutschtest bezieht sich insbesondere auf allgemein bildende Inhalte. <sup>4</sup>Wer im Deutschtest eine schlechtere Note als „ausreichend“ erzielt, hat den Deutschtest und die Einstellungsprüfung nicht bestanden.

(6) <sup>1</sup>Aus der im Rahmen der Vorbildung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 Buchst. a oder c sowie den im Rahmen des Deutschtests und des Lehrversuchs erzielten Noten wird eine Gesamtnote gebildet.

<sup>2</sup>Aus der im Rahmen der Vorbildung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 Buchst. b sowie der im Rahmen des Lehrversuchs erzielten Noten wird eine Gesamtnote gebildet. <sup>3</sup>Die Note des Lehrversuchs zählt zweifach, die übrigen Noten zählen je einfach.

## § 7

### Geltung der Einstellungsprüfung

Das Ergebnis der Einstellungsprüfung gilt für Bewerber, die die Einstellungsprüfung bis einschließlich 2005 abgelegt haben, jedoch noch nicht zur Ausbildung am Staatsinstitut zugelassen wurden, unbeschadet des Art. 109 Abs. 1 Nr. 4 BayBG für die folgenden drei Einstellungsjahre, im Übrigen unbeschadet des Art. 109 Abs. 1 Satz 4 BayBG lediglich für das laufende Einstellungsjahr.“

6. Nach § 7 wird folgende Überschrift eingefügt:

### „Abschnitt III

### Vorbereitungsdienst“

7. §§ 8 und 9 erhalten folgende Fassung:

## „§ 8

### Zulassung zum Vorbereitungsdienst

Die Zulassung der Bewerber zum Vorbereitungsdienst wird durch die Regierung von Mittelfranken unter Berücksichtigung der Ausbildungskapazität und

- in den Fällen des § 3 Abs. 1 Nr. 4 Buchst. a und c der in der Einstellungsprüfung erzielten Gesamtnote, bzw.
- in den Fällen des § 3 Abs. 1 Nr. 4 Buchst. b der bei der Abschlussprüfung der Fachakademie für Hauswirtschaft sowie der im Lehrversuch erzielten Note

vorgenommen.

## § 9

### Rechtsstellung während des Vorbereitungsdienstes

(1) Nach der Zulassung zum Vorbereitungsdienst werden die Bewerberinnen und Bewerber durch die Regierung von Mittelfranken in das Beamtenverhältnis auf Widerruf berufen.

(2) Die Beamten führen während des Vorbereitungsdienstes die Dienstbezeichnung „Fachlehreranwärter (FLA B)“ oder „Fachlehreranwärterin (FLAin B)“.

8. Nach § 9 wird die Überschrift „Abschnitt III Vorbereitungsdienst“ gestrichen.

9. § 10 erhält folgende Fassung:

## „§ 10

## Dauer und Gestaltung des Vorbereitungsdienstes

(1) Der Vorbereitungsdienst dauert ein Jahr.

(2) Die Ausbildung während des Vorbereitungsdienstes erfolgt durch das Staatsinstitut.

(3) Die Ausbildung umfasst einen Pflichtbereich mit Schulpraktika, Vorlesungen und Seminaren aus den Bereichen Pädagogik einschließlich sonderpädagogischer Inhalte, Psychologie, Didaktik, Fachdidaktik, Schulrecht / Schulkunde und Kommunikation sowie einen Wahlbereich zur Erlangung der fachgebundenen Hochschulreife.

(4) Die Fachlehreranwärter unterliegen den Weisungen des Staatsinstituts.“

10. Nach § 10 wird folgende Überschrift eingefügt:

## „Abschnitt IV

**Anstellungsprüfung“**

11. §§ 11 bis 13 erhalten folgende Fassung:

## „§ 11

## Durchführung und Zweck der Prüfung

(1) <sup>1</sup>Die Anstellungsprüfung wird vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus durchgeführt. <sup>2</sup>Sie besteht aus einem schriftlichen, einem mündlichen und einem schulpraktischen Teil.

(2) Zweck der Anstellungsprüfung ist es festzustellen, ob die Anwärter nach ihren allgemeinen, fachlichen und pädagogischen Kenntnissen und Fähigkeiten für den Dienst als Fachlehrer an beruflichen Schulen geeignet sind.

(3) Alle mit der Durchführung und Abnahme der Prüfungen beauftragten Personen sind zur Wahrung des Amtsgeheimnisses in sämtlichen Prüfungsgeschäften verpflichtet.

## § 12

## Prüfungsausschuss

<sup>1</sup>Zur Durchführung der Anstellungsprüfung wird vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus ein Prüfungsausschuss auf die Dauer von drei Jahren bestellt. <sup>2</sup>Dieser besteht aus einer Vertretung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus als vorsitzendem Mitglied, der Leitung des Staatsinstituts, zwei Lehrkräften des höheren Dienstes und zwei Fachlehrern. <sup>3</sup>Für das vorsitzende Mitglied und die Mitglieder wird je eine Person als Vertretung bestimmt.

## § 13

## Aufgaben des Prüfungsausschusses und des vorsitzenden Mitglieds des Prüfungsausschusses

(1) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss berät das Staatsministerium für Unterricht und Kultus in Fragen

von grundsätzlicher Bedeutung. <sup>2</sup>Er bestimmt die Personen, die gemäß § 15 Abs. 1 als Prüfer in Betracht kommen und entscheidet über den Nachteilsausgleich gemäß § 17 Abs. 2.

(2) <sup>1</sup>Dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses obliegen alle nach dieser Verordnung zu treffenden Entscheidungen, soweit sie nicht dem Prüfungsausschuss, den Prüfern der schriftlichen Prüfung oder den Prüfungskommissionen für die mündliche oder schulpraktische Prüfung zugewiesen sind. <sup>2</sup>Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses oder von ihm Beauftragte haben Zutritt zu den Prüfungen und zu den Beratungen der prüfungsberechtigten Personen.

(3) Das vorsitzende Mitglied hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Es trifft die Entscheidung nach § 27, insbesondere die Entscheidung über den Ausschluss von der Prüfung.

2. Es stellt das Bestehen oder Nichtbestehen der Prüfung auf Grund der vom Prüfling erzielten Prüfungsnoten fest und stellt das Prüfungszeugnis aus.

3. Es holt die Entwürfe für die schriftlichen Aufgaben von den nach § 15 bestellten Prüfern ein und wählt daraus die Prüfungsaufgaben aus; es kann fachlich besonders ausgewiesene Prüfer zur Auswahl der Prüfungstexte heranziehen.

(4) <sup>1</sup>Die örtliche Prüfungsleitung wird von der Leitung des Staatsinstituts wahrgenommen. <sup>2</sup>Sie teilt die prüfungsberechtigten Personen für die schriftlichen Prüfungen sowie die Mitglieder der Prüfungskommissionen sowie deren Vorsitz für die Abnahme der Lehrproben und mündlichen Prüfungen ein. <sup>3</sup>Sie organisiert Zeit, Ort und Durchführung der schriftlichen, mündlichen und schulpraktischen Prüfungen.“

12. Nach § 13 wird die Überschrift „Abschnitt IV Anstellungsprüfung“ gestrichen.

13. §§ 14 bis 28 erhalten folgende Fassung:

## „§ 14

## Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung des Prüfungsausschusses

(1) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder geladen und mindestens das vorsitzende Mitglied und drei weitere Mitglieder anwesend sind. <sup>2</sup>Beschlüsse können auch im schriftlichen Verfahren gefasst werden, wenn kein Mitglied widerspricht.

(2) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss entscheidet mit Stimmenmehrheit. <sup>2</sup>Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des vorsitzenden Mitglieds.

## § 15

## Prüfer

(1) Als Prüfer können mit deren Einverständnis bestimmt werden

1. die stimmberechtigten Mitglieder des Prüfungsausschusses,
2. an der Ausbildung beteiligte Lehrkräfte,
3. Personen, die in der Schulaufsicht tätig sind.

(2) <sup>1</sup>Die Prüfer reichen Vorschläge für die Prüfungsaufgaben und die zuzulassenden Hilfsmittel ein. <sup>2</sup>Sie wirken bei der Bewertung der schriftlichen Arbeiten und der Abnahme der mündlichen und schulpraktischen Prüfung mit.

## § 16

### Prüfungstermine

<sup>1</sup>Die Anstellungsprüfung findet einmal im Jahr statt. <sup>2</sup>Der Prüfungszeitraum und die Prüfungstermine werden durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus festgesetzt und sechs Wochen vor Prüfungsbeginn durch Anschlag im Staatsinstitut bekannt gegeben; dies gilt nicht für die Lehrproben.

## § 17

### Zulassung zur Prüfung, Nachteilsausgleich

(1) <sup>1</sup>Zur Anstellungsprüfung wird zugelassen, wer den Vorbereitungsdienst mit Erfolg abgeleistet hat. <sup>2</sup>Die Feststellung hierüber trifft das Staatsinstitut auf Grund der während des Vorbereitungsdienstes gezeigten Leistungen.

(2) Anträge auf Gewährung eines Nachteilsausgleichs sind spätestens vier Wochen vor Prüfungsbeginn beim Prüfungsausschuss zu stellen.

## § 18

### Schriftliche Prüfung

<sup>1</sup>Die schriftliche Prüfung umfasst je eine Klausurarbeit aus den Prüfungsfächern

1. Pädagogik,
2. Psychologie,
3. Didaktik.

<sup>2</sup>Die Arbeitszeit für die Klausurarbeiten beträgt je drei Stunden.

## § 19

### Mündliche Prüfung

(1) Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf folgende Aufgabengebiete: Fachdidaktik und Schulrecht / Schulkunde (Prüfungszeit in der Regel jeweils 20 Minuten).

(2) Die mündliche Prüfung wird von einer Prüfungskommission abgenommen, die aus einem ersten und einem zweiten Prüfer besteht.

(3) <sup>1</sup>Die Prüfungsleistungen werden durch beide Prüfer bewertet. <sup>2</sup>Bei abweichender Beurteilung sollen die beiden Prüfer eine Einigung über die Bewertung versuchen. <sup>3</sup>Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist die vom ersten Prüfer erteilte Note ausschlaggebend, wenn die Bewertungen nur um eine Notenstufe voneinander abweichen. <sup>4</sup>Wenn sie um mehr als eine Notenstufe voneinander abweichen, so erhält der Prüfling die Note, die sich als Mittel aus den beiden Bewertungen ergibt.

## § 20

### Schulpraktische Prüfung

(1) <sup>1</sup>Der schulpraktische Teil umfasst zwei Lehrproben. <sup>2</sup>Sie werden bereits im Lauf des Vorbereitungsdienstes abgelegt.

(2) Die Lehrprobe wird von einer Prüfungskommission abgenommen, die aus einem ersten und einem zweiten Prüfer besteht.

(3) <sup>1</sup>Vor Beginn der Lehrprobe hat der Prüfling eine Lehrdarstellung vorzulegen. <sup>2</sup>Die Lehrdarstellung wird in die Bewertung der Lehrprobe einbezogen.

(4) <sup>1</sup>Jede Lehrprobe umfasst grundsätzlich eine Unterrichtsstunde; auf Antrag des Anwärters oder der Prüfungskommission kann die zweite Lehrprobe mit einem zeitlichen Umfang von zwei Unterrichtsstunden durchgeführt werden. <sup>2</sup>Ort, Zeit und Thema der Lehrprobe werden dem Prüfling eine Woche vorher schriftlich bekannt gegeben.

(5) <sup>1</sup>Die Lehrprobe wird durch beide Prüfer bewertet. <sup>2</sup>Bei abweichender Beurteilung sollen die beiden Prüfer eine Einigung über die Bewertung versuchen. <sup>3</sup>Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist die vom ersten Prüfer erteilte Note ausschlaggebend, wenn die Bewertungen nur um eine Notenstufe voneinander abweichen. <sup>4</sup>§ 19 Abs. 3 Satz 4 gilt entsprechend.

(6) Im Anschluss an die Lehrprobe ist eine Niederschrift zu erstellen, aus der Verlauf, Vorzüge und Schwächen der Lehrprobe und die Note hervorgehen; die Niederschrift ist von den Mitgliedern der Prüfungskommission zu unterschreiben.

## § 21

### Einzelnoten, Gesamtprüfungsnote

(1) Die Einzelnoten ergeben sich aus den Bewertungen der Leistungen in den drei Prüfungsteilen gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 und im Fach Kommunikation.

(2) <sup>1</sup>Aus den Einzelnoten der Prüfungsteile gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 und der Note im Fach Kommunikation wird eine Gesamtprüfungsnote gebildet. <sup>2</sup>Es zählt bei der Berechnung die Einzelnote

aus der Pädagogik	zweifach
aus der Psychologie	zweifach



aus der Didaktik	zweifach
aus der Fachdidaktik	einfach
aus Schulrecht/Schulkunde	einfach
aus der schulpraktischen Prüfung	
die beiden Lehrproben	je zweifach.

<sup>3</sup>Die Note im Fach Kommunikation wird auf Grund von projektbezogenen Leistungen während des Ausbildungsjahres gebildet; sie geht in die Gesamtprüfungsnote mit zweifacher Gewichtung ein. <sup>4</sup>Teiler für die Gesamtprüfungsnote ist 14.

(3) Das in der Prüfung erzielte Gesamtergebnis wird mit einem der folgenden Gesamturteile bewertet:

„mit Auszeichnung bestanden“	bei einer Gesamtprüfungsnote von 1,00 bis 1,50;
„gut bestanden“	bei einer Gesamtprüfungsnote von 1,51 bis 2,50;
„befriedigend bestanden“	bei einer Gesamtprüfungsnote von 2,51 bis 3,50;
„ausreichend bestanden“	bei einer Gesamtprüfungsnote von 3,51 bis 4,50.

## § 22

### Platzziffer

<sup>1</sup>Je Ausbildungsrichtung wird für jeden Prüfling, der die Anstellungsprüfung mit Erfolg abgelegt hat, auf Grund seiner Gesamtprüfungsnote durch das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses eine Platzziffer festgesetzt. <sup>2</sup>Bei gleichen Gesamtprüfungsnoten wird die gleiche Platzziffer erteilt. <sup>3</sup>In diesem Fall erhält die nächstfolgende Person die Platzziffer, die sich ergibt, wenn die mehreren gleichen Platzziffern fortlaufend weitergezählt werden. <sup>4</sup>Bei der Erteilung der Platzziffer ist anzugeben, wie viele Personen sich der Prüfung unterzogen haben und wie viele die Prüfung bestanden haben. <sup>5</sup>Wird die gleiche Platzziffer an mehrere Personen erteilt, so ist auch deren Zahl anzugeben.

## § 23

### Nichtbestehen der Prüfung

Die Anstellungsprüfung ist nicht bestanden, wenn

1. die Gesamtprüfungsnote schlechter als 4,50 ist oder
2. in mehr als einem Fach der schriftlichen Prüfung eine schlechtere Note als „ausreichend“ erzielt wurde oder
3. die Durchschnittsnote der in den Lehrproben

erzielten Ergebnisse schlechter als „ausreichend“ ist; die Note „ungenügend“ darf nicht vorliegen.

## § 24

### Prüfungszeugnis, Bescheinigung

(1) Wer die Anstellungsprüfung bestanden hat, erhält das Zeugnis über die Anstellungsprüfung für das Lehramt der Fachlehrer an beruflichen Schulen.

(2) Das Zeugnis enthält die Einzelnoten, die Gesamtprüfungsnote, das Gesamturteil (§ 21 Abs. 3) und die Lehrbefähigung (§ 1 Abs. 1).

(3) Über die in der Prüfung erzielte Platzziffer erhält der Prüfling eine Bescheinigung.

(4) Wer die Prüfung nicht bestanden hat, erhält eine Bescheinigung, aus der die Gründe des Nichtbestehens ersichtlich sind.

(5) Zeugnisse und Bescheinigungen werden vom vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses unterzeichnet; es bestimmt den Tag der Ausfertigung.

## § 25

### Ausscheiden aus dem Vorbereitungsdienst

<sup>1</sup>Die Anwärter scheiden mit der Aushändigung (Zustellung) des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 24 Abs. 4 oder mit der schriftlichen Mitteilung nach § 26 Abs. 5, dass die Prüfung als nicht bestanden gilt, aus dem Vorbereitungsdienst aus. <sup>2</sup>Zum gleichen Zeitpunkt endet ihr Beamtenverhältnis auf Widerruf (Art. 43 Abs. 2 Satz 2 BayBG).

## § 26

### Rücktritt, Verhinderung und Versäumnis

(1) Tritt eine Person vor Beginn der Anstellungsprüfung zurück, so gilt die Prüfung als nicht abgelegt.

(2) Tritt eine Person nach Beginn der Prüfung aus Gründen, die sie zu vertreten hat, zurück, so gilt die Prüfung als abgelegt und nicht bestanden.

(3) Kann eine Person nach Beginn der Prüfung aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Prüfung nicht oder nur zum Teil ablegen, so gilt Folgendes:

1. Hat sie die Lehrproben und die Prüfung nach § 18 bzw. § 19 in drei weiteren Prüfungsfächern bzw. Aufgabengebieten abgelegt, so gilt die Prüfung als abgelegt. Die fehlenden Prüfungsteile sind innerhalb einer vom vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses zu bestimmenden Frist nachzuholen. Der Nachweis der unverschuldeten Verhinderung ist un-



verzüglich zu erbringen, im Fall der Krankheit grundsätzlich durch amtsärztliches Zeugnis. Der Prüfungsausschuss stellt fest, ob eine von der an der Prüfung teilnehmenden Person nicht zu vertretende Verhinderung vorliegt.

2. Sind die Prüfungsleistungen nach Nr. 1 nicht erbracht, so gilt die Prüfung als nicht abgelegt.

(4) Versäumt ein Prüfling einen Prüfungstermin ohne genügende Entschuldigung, so werden die in diesem Termin zu erbringenden Prüfungsleistungen mit „ungenügend“ bewertet.

(5) Die Folgen des Rücktritts, der Verhinderung und des Versäumnisses werden dem Prüfling durch das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses schriftlich mitgeteilt.

## § 27

### Unterschleif, Beeinflussung und Ordnungsverstoß

(1) <sup>1</sup>Versucht ein Prüfling das Ergebnis einer Prüfung durch Unterschleif, Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu eigenem oder fremdem Vorteil zu beeinflussen oder stört er erheblich den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung, so ist die betreffende Prüfungsleistung mit „ungenügend“ zu bewerten. <sup>2</sup>In schweren Fällen ist er von der Prüfung auszuschließen; er hat die Prüfung nicht bestanden. <sup>3</sup>Als versuchter Unterschleif gilt bereits der Besitz nicht zugelassener Hilfsmittel nach Ausgabe der Prüfungsaufgaben, sofern der Prüfling nicht nachweist, dass der Besitz weder auf Vorsatz noch auf Fahrlässigkeit beruht.

(2) <sup>1</sup>Wird ein Tatbestand nach Abs. 1 Satz 1 erst nach Abschluss der Prüfung bekannt, so ist die betreffende Prüfungsleistung nachträglich mit „ungenügend“ zu bewerten und das Gesamtergebnis entsprechend zu berichtigen. <sup>2</sup>In schweren Fällen ist die Prüfung als nicht bestanden zu erklären. <sup>3</sup>Ein unrichtiges Prüfungszeugnis ist einzuziehen.

(3) <sup>1</sup>Ein Prüfling, der die Prüfende zu günstigerer Beurteilung zu veranlassen oder eine mit der Feststellung des Prüfungsergebnisses beauftragte Person zur Verfälschung des Prüfungsergebnisses zu verleiten versucht, hat die Prüfung nicht bestanden. <sup>2</sup>Ist die Prüfung noch nicht abgeschlossen, so ist er von der Fortsetzung auszuschließen; die Prüfung ist als nicht bestanden zu erklären.

## § 28

### Wiederholung der Prüfung

(1) <sup>1</sup>Ein Prüfling, der die Prüfung nicht bestanden hat oder dessen Prüfung als nicht bestanden gilt, kann sie nur einmal im Rahmen der nächsten Prüfung wiederholen. <sup>2</sup>Die Wiederholung ist nur möglich, wenn die sich bewerbende Person erneut zum Vorbereitungsdienst zugelassen wurde.

(2) <sup>1</sup>Die erstmals erfolgreich abgelegte Prüfung kann zur Verbesserung des Ergebnisses zum nächsten Prüfungstermin wiederholt werden. <sup>2</sup>Der Prüfling hat die Wahl, welches Prüfungszeugnis er gelten lassen will. <sup>3</sup>Das Zeugnis über die Wiederholungsprüfung wird nur ausgehändigt, wenn das erste Prüfungszeugnis zurückgegeben wird.

(3) Der Antrag auf wiederholte Zulassung zur Prüfung ist beim vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses einzureichen.

(4) Bei Wiederholung ist die Prüfung in allen Teilen neu abzulegen.“

14. §§ 29 bis 31 werden aufgehoben.

15. Es wird folgender neuer Abschnitt V eingefügt:

### „Abschnitt V

#### Erwerb der fachgebundenen Hochschulreife

## § 29

### Fachgebundene Hochschulreife

(1) Die fachgebundene Hochschulreife für die in § 6 Satz 1 Nr. 6 der Qualifikationsverordnung in der jeweils geltenden Fassung genannten Studiengänge erwirbt, wer

1. die Anstellungsprüfung mit einer Gesamtprüfungsnote von mindestens 2,50 ablegt und in den Jahresleistungen in den drei allgemein bildenden Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik jeweils mindestens „befriedigend“ erhält oder
2. einen Notendurchschnitt von 2,50 erhält, der sich bei jeweils gleicher Gewichtung aus den Noten der Fächer der Anstellungsprüfung und den Jahresnoten in den drei allgemein bildenden Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik errechnet; dabei darf in keinem der genannten allgemein bildenden Fächer eine schlechtere Jahresnote als „befriedigend“ erzielt worden sein.

(2) Der Erwerb der fachgebundenen Hochschulreife wird durch eine Urkunde bestätigt, die auf Antrag vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus ausgestellt wird.“

16. Der bisherige Abschnitt V wird Abschnitt VI, der bisherige § 32 wird § 30.

## § 2

Die Verordnung über die Qualifikation für ein Studium an den Hochschulen des Freistaates Bayern und den staatlich anerkannten nichtstaatlichen Hochschulen (Qualifikationsverordnung - QualV) vom 28. November 2002 (GVBl S. 864; ber. 2003 S.9, BayRS 2210-1-1-3-UK/WFK), zuletzt geändert durch § 51 der Verordnung vom 9. August 2005 (GVBl S. 436), wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Nr. 2 wird im Klammerausdruck nach „§ 6“ „Satz 1“ eingefügt.

2. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1 und wie folgt geändert:

aa) Nach Nr. 5 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt.

bb) Es wird folgende Nr. 6 angefügt:

„6. Zeugnis über die Abschlussprüfung an der Abteilung IV des Staatsinstituts für die Ausbildung von Fachlehrern jeweils zusammen mit einer Urkunde des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus über den Erwerb der fachgebundenen Hochschulreife gemäß § 29 der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für das Lehramt der Fachlehrer für gewerblich-technische Berufe, der Fachlehrer für Hauswirtschaft und der Fachlehrer für Schreibtechnik an beruflichen Schulen in Bayern (ZAPOFI) vom 21. April 1997 (GVBl S. 154, BayRS 2038-3-4-7-6-UK) in der jeweils geltenden Fassung für die Studiengänge an einer Universität

- Pädagogik
- Psychologie
- Schulpädagogik
- Sonderpädagogik
- Lehramt an beruflichen Schulen in einer einschlägigen Fächerverbindung.“

b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„<sup>2</sup>Die als einschlägig geltenden Fächerverbindungen im Sinn von Satz 1 Nr. 6 werden durch Richtlinien des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst bestimmt.“

3. In § 10 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 wird nach „§ 6“ jeweils „Satz 1“ eingefügt.

4. In § 64 Nr. 2 wird im Klammerausdruck nach „§ 6“ „Satz 1“ eingefügt.

5. In § 66 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 sowie Abs. 2 und in § 69 Abs. 2 wird nach „§ 6“ jeweils „Satz 1“ eingefügt.

### § 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

München, den 18. November 2005

Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider  
Staatsminister

Bayerisches Staatsministerium  
des Innern

Dr. Günther Beckstein  
Staatsminister

2210-1-1-6-WFK

**Verordnung  
zur Änderung der  
Hochschulprüferverordnung  
Vom 8. Dezember 2005 (GVBl S. 694)**

Auf Grund von Art. 80 Abs. 6 Satz 1 Nrn. 2 und 3 in Verbindung mit Art. 135 Abs. 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl S. 740, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 18 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

## § 1

Die Verordnung über die Befugnis zur Abnahme von Hochschulprüfungen an Universitäten, Kunsthochschulen und der Hochschule für Fernsehen und Film (Hochschulprüferverordnung – HSchPrüferV) vom 22. Februar 2000 (GVBl S. 67, BayRS 2210-1-1-6-WFK) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. abweichend von Abs. 1 Nr. 7 auch

- a) Absolventen der Ersten Juristischen Staatsprüfung gemäß der mit Ablauf des 30. Juni 2003 außer Kraft getretenen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 1993 (GVBl S. 335, BayRS 2038-3-3-11-J), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Juni 2000 (GVBl S. 401), bzw. der Ersten Juristischen Prüfung gemäß der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen vom 13. Oktober 2003 (GVBl S. 758, BayRS 2038-3-3-11-J) in der jeweils geltenden Fassung, die diese mindestens mit der Note „befriedigend“ bestanden haben und mindestens ein halbes Jahr des Vorbereitungsdienstes abgeleistet haben,
- b) Absolventen der Zweiten Juristischen Staatsprüfung, die diese mindestens mit der Note „befriedigend“ bestanden haben,“

2. § 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) <sup>1</sup>Zur Abnahme dieser Prüfungen sind auch die in § 2 Abs. 1 Nr. 2 genannten Personen befugt, wenn sie in dem Prüfungsfach eine selbstständige Unterrichtstätigkeit von mindestens einem Jahr an einer Universität ausgeübt haben. <sup>2</sup>Satz 1 gilt entsprechend für die in § 2 Abs. 1 Nrn. 3 und 4 genannten Personen, wenn

- 1. sie als Habilitanden angenommen wurden (Art. 91 Abs. 3 Sätze 1 und 2 BayHSchG) und ihnen die selbstständige Wahrnehmung von Aufgaben in Forschung und Lehre übertragen wurde, oder

2. andere Prüfer dieses Fachs nicht oder nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen und deshalb die Prüfung sonst nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann.

<sup>3</sup>In begründeten Fällen kann bei den in § 2 Abs. 1 Nrn. 3 und 4 genannten Personen auf das Vorliegen der Voraussetzungen von Satz 2 Nr. 1. Halbsatz 1 verzichtet werden.“

3. Es wird folgender § 3a eingefügt:

## „§ 3a

Juristische Universitätsprüfung  
im Rahmen der Ersten Juristischen Prüfung

Zur Abnahme der juristischen Universitätsprüfung im Rahmen der Ersten Juristischen Prüfung sind die in § 3 genannten Personen befugt.“

4. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
- b) Es werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:

„<sup>2</sup>Zur Abnahme von Promotionsprüfungen sind darüber hinaus die in § 2 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4 genannten Personen befugt, wenn die Voraussetzungen des § 3 Abs. 2 Sätze 1 und 2 Nr. 1 vorliegen. <sup>3</sup>In begründeten Fällen kann bei den in § 2 Abs. 1 Nrn. 3 und 4 genannten Personen auf das Vorliegen der Voraussetzungen von § 3 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Halbsatz 1 verzichtet werden.“

- 5. In § 5 Abs. 3 werden nach dem Wort „Diplommusik-lehrerprüfungen“ die Worte „und der Diplommusikerprüfungen“ eingefügt.
- 6. In § 6 Abs. 2 werden die Worte „Lehrtätigkeit von mindestens zwei Studienjahren an der Hochschule für Fernsehen und Film“ durch die Worte „selbstständige Lehrtätigkeit von mindestens einem Jahr an der Hochschule für Fernsehen und Film oder einer vergleichbaren anderen Hochschule“ ersetzt.

## § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

München, den 8. Dezember 2005

Bayerisches Staatsministerium  
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel  
Staatsminister

2038-3-4-8-10-UK

**Verordnung  
zur Änderung der  
Prüfungsordnung für die Anstellungsprüfung  
(II. Lehramtsprüfung)  
der Fachlehrer**

Vom 14. Dezember 2005 (GVBl S. 698)

Auf Grund des Art. 115 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 8. März 2005 (GVBl S. 69), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Landespersonalausschuss folgende Verordnung:

§ 1

Die Prüfungsordnung für die Anstellungsprüfung (II. Lehramtsprüfung) der Fachlehrer – FPO II – vom 12. Dezember 1996 (GVBl S. 562; ber. 1997 S. 23, BayRS 2038-3-4-8-10-UK) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) § 15 erhält folgende Fassung:

„§ 15 Schriftliche Prüfung“

b) § 19 erhält folgende Fassung:

„§ 19 Unterrichtskompetenz, erzieherische Kompetenz, Handlungs- und Sachkompetenz“.

c) Nach § 25 wird folgender § 25a eingefügt:

„§ 25a Zusammenfassendes Ergebnis“.

d) § 27 wird aufgehoben.

2. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Absatzbezeichnung entfällt.

bb) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„<sup>1</sup>Die Zweite Lehramtsprüfung der Fachlehrer, für die die Verordnung über die Zulassung und Ausbildung von Fachlehrern – ZAF – vom 29. Januar 1975 (GVBl S. 20, BayRS 2038-3-4-8-9-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. August 2005 (GVBl S. 436) gilt, (im Folgenden: Zweite Lehramtsprüfung) ist eine Anstellungsprüfung im Sinn des Bayerischen Beamtengesetzes.“

b) Abs. 2 wird aufgehoben.

3. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Sätze 1 und 2 werden jeweils die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.

b) Abs. 2 Satz 2 wird aufgehoben, die Satzbezeichnung im bisherigen Satz 1 entfällt.

c) In Abs. 3 Satz 2 wird das Wort „Klausur“ durch die Worte „schriftliche Prüfung“ ersetzt.

d) In Abs. 5 Satz 1 wird das Wort „Beurteilung“ durch das Wort „Gutachten“ ersetzt.

4. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„<sup>1</sup>Der Prüfungshauptausschuss setzt sich zusammen aus einem vorsitzenden Mitglied, zwei Mitgliedern aus dem Kreis der Seminarleiter sowie einem Mitglied aus dem Kreis der Schulaufsichtsbeamten.“

b) In Abs. 2 werden die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.

c) In Abs. 4 Nr. 1 und Abs. 5 Nr. 2 wird jeweils das Wort „Klausur“ durch die Worte „schriftliche Prüfung“ ersetzt.

5. § 4 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 Satz 2 werden das Semikolon und die Worte „davon soll eine mit den fachlichen Belangen der Fachlehrer für Handarbeit und Hauswirtschaft, die andere mit den fachlichen Belangen der übrigen Fachlehrer besonders vertraut sein“ gestrichen.

b) Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Leiter der Prüfungsämter haben

1. über die Zulassung zur Prüfung zu entscheiden,

2. über die Folgen des Unterschleifs, der Verhinderung, des Versäumnisses, der Unterbrechung und der nicht rechtzeitigen Ablieferung einer Prüfungsarbeit zu entscheiden,

3. die Prüfer für die Bewertung der schriftlichen Hausarbeit und der schriftlichen Prüfung aus dem Kreis der Personen zu bestimmen



- men, die zu Mitgliedern der Prüfungskommissionen ernannt werden können,
4. die Prüfungskommissionen für die Prüfungslehrproben und für die mündlichen Prüfungen zu bilden; die Leiter der Prüfungsämter können selbst Prüfungskommissionen angehören,
  5. über Anträge auf Nachteilsausgleich gemäß den Bestimmungen der Allgemeinen Prüfungsordnung zu entscheiden,
  6. Stichentscheide zu treffen oder durch einen von ihnen bestimmten Drittprüfer herbeizuführen,
  7. in allen sonstigen Angelegenheiten zu entscheiden, die keinem anderen Prüfungsorgan zugewiesen sind.“
- c) Abs. 4 wird aufgehoben; der bisherige Abs. 5 wird Abs. 4.
  - d) Abs. 4 (neu) wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 3 werden die Worte „oder an einer beruflichen Schule“ gestrichen.
    - bb) In Satz 4 werden die Worte „oder einer beruflichen Schule“ gestrichen.
6. In § 7 Abs. 3 Satz 3 werden die Worte „wird die Seminarnote“ durch die Worte „werden die Noten der Unterrichtskompetenz, der erzieherischen Kompetenz und der Handlungs- und Sachkompetenz“ ersetzt.
  7. § 8 wird wie folgt geändert:
    - a) In Abs. 3 Satz 2 wird das Wort „Klausur“ durch die Worte „schriftliche Prüfung“ ersetzt.
    - b) In Abs. 6 Satz 1 und Abs. 7 Satz 1 wird jeweils das Wort „Klausur“ durch die Worte „schriftlichen Prüfung“ ersetzt.
  8. In § 10 Abs. 5 werden nach dem Wort „Zeugnisses“ die Worte „oder der schriftlichen Mitteilung über das Nichtbestehen der Prüfung“ eingefügt.
  9. § 11 wird wie folgt geändert:
    - a) Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:
      - aa) Die Worte „Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ werden durch die Worte „Staatsministerium für Unterricht und Kultus“ ersetzt.
      - bb) Die Worte „des Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ werden durch die Worte „der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und für Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.
      - cc) Das Wort „Klausur“ wird durch die Worte „schriftlichen Prüfung“ ersetzt.
    - b) In Abs. 3 Satz 2 wird das Wort „Klausur“ durch die Worte „schriftliche Prüfung“ ersetzt.
    - c) Abs. 4 wird wie folgt geändert:
      - aa) Die Satzbezeichnung „1“ wird aufgehoben.
      - bb) Die Zahl „14“ wird durch die Worte „drei Wochen“ und die Worte „zehn Tage“ werden durch die Worte „eine Woche“ ersetzt.
  10. In § 13 wird das Wort „Klausur“ durch die Worte „schriftlichen Prüfung“ ersetzt.
  11. § 14 wird wie folgt geändert:
    - a) Abs. 2 erhält folgende Fassung:
 

„(2) Das Thema für die schriftliche Hausarbeit ist vom Prüfungsteilnehmer frühestens im achten und spätestens im dreizehnten Ausbildungsmonat einzuholen; von Prüfungsteilnehmern selbst gewählte Themen bedürfen der vorherigen Zustimmung des zuständigen Seminarleiters.“
    - b) In Abs. 5 werden Sätze 2 und 3 aufgehoben; die Satzbezeichnung im bisherigen Satz 1 entfällt.
    - c) In Abs. 6 werden die Sätze 4 und 5 aufgehoben; die bisherigen Sätze 6 und 7 werden Sätze 4 und 5.
  12. § 15 wird wie folgt geändert:
    - a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:
 

„Schriftliche Prüfung“
    - b) Abs. 1 bis 4 erhalten folgende Fassung:
 

„(1) <sup>1</sup>In der schriftlichen Prüfung ist eine Aufgabe aus den Bereichen Erziehung und Unterricht einschließlich der fachbezogenen Praxisfelder zu bearbeiten. <sup>2</sup>Die Aufgabe kann aus mehreren Teilaufgaben bestehen. <sup>3</sup>Die Arbeitszeit beträgt vier Stunden.

(2) Der Prüfungshauptausschuss stellt drei auf den Fachunterricht bezogene Aufgaben zur Wahl, die von konkreten Situationen in einer Klasse, Gruppe, Jahrgangsstufe oder Schule ausgehen.

(3) Die schriftliche Prüfung ist an allen Prüfungsorten zur selben Zeit zu bearbeiten.

(4) <sup>1</sup>Jeder Prüfungsteilnehmer darf nur eine Aufgabe bearbeiten. <sup>2</sup>Werden mehrere Aufgaben bearbeitet und ist nicht erkennbar, welche als bearbeitet gelten soll, so wird die schriftliche Prüfung mit „ungenügend“ bewertet.“
    - c) Abs. 5 bis 11 werden aufgehoben.
    - d) Der bisherige Abs. 12 wird Abs. 5 und wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 wird das Wort „Klausur“ durch die Worte „schriftliche Prüfung“ ersetzt.
- bb) Satz 6 wird aufgehoben.
- e) Der bisherige Abs. 13 wird Abs. 6 und erhält folgende Fassung:
- „(6) Im Übrigen gelten §§ 17 bis 20, 21 Abs. 3 APO entsprechend.“
13. § 16 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
- „<sup>2</sup>Im Einzelnen gilt Folgendes:
1. Bei Fächerverbindungen mit zwei Fächern entfallen auf jedes der beiden Fächer zwei Unterrichtsstunden. Nach Wahl des Prüfungsteilnehmers kann die Dauer der Lehrprobe im einzelnen Fach bis zu drei Unterrichtsstunden betragen; der Prüfungsteilnehmer muss dies dem zuständigen staatlichen Schulamt spätestens vor dem letzten Unterrichtstag vor dem Termin der Lehrprobe unter Angabe der vorgesehenen Dauer der Lehrprobe schriftlich erklärt haben. In diesem Fall muss die Dauer der Lehrprobe außerdem aus der Lehrskizze gemäß Abs. 4 ersichtlich sein.
  2. Bei der Fächerverbindung Werken, Technisches Zeichnen, Kunsterziehung und Kommunikationstechnik sind die Fächer Werken und Technisches Zeichnen in einer zweistündigen Lehrprobe zusammenzufassen. Nach Wahl des Prüfungsteilnehmers kann die Dauer der Lehrprobe bis zu drei Unterrichtsstunden, davon zwei Unterrichtsstunden im Fach Werken, betragen; im Übrigen gelten Nr. 1 Sätze 2 und 3 entsprechend. Nach Wahl des Prüfungsteilnehmers ist außerdem im Fach Kommunikationstechnik oder im Fach Kunsterziehung eine zweistündige Lehrprobe zu halten. Der Prüfungsteilnehmer teilt seine Wahl spätestens am ersten Unterrichtstag nach den Weihnachtsferien dem Prüfungsamt schriftlich mit. Wird die Wahl nicht rechtzeitig getroffen, trifft der Leiter des Prüfungsamts die Wahl. Nr. 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.
- b) Abs. 6 wird wie folgt geändert:
- aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
- bb) Es werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:
- „<sup>2</sup>Im Fall des Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 haben dabei die Lehrproben in beiden Fächern gleiches Gewicht. <sup>3</sup>Im Fall des Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 haben
- die zusammengefasste Lehrprobe in den Fächern Werken und Technisches Zeichnen sowie
  - die nach Wahl des Prüfungsteilnehmers im Fach Kunsterziehung oder im Fach
- Kommunikationstechnik abgelegte Lehrprobe
- gleiches Gewicht.“
- c) Abs. 7 wird aufgehoben.
14. § 17 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 erhält folgende Fassung:
- „bei der Fächerverbindung Werken, Technisches Zeichnen, Kunsterziehung und Kommunikationstechnik werden die Fächer Werken und Technisches Zeichnen und die Fächer Kunsterziehung und Kommunikationstechnik jeweils in einer Prüfung zusammengefasst.“
- b) Abs. 5 wird aufgehoben.
15. In § 18 Abs. 1 werden das Wort „Prüfungen“ durch die Worte „schriftliche Hausarbeit“ und die Verweisung „(§§ 14 und 15)“ durch „(§ 14)“ ersetzt.
16. § 19 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:
- „Unterrichtskompetenz, erzieherische Kompetenz, Handlungs- und Sachkompetenz“.
- b) Abs. 1 erhält folgende Fassung:
- „(1) <sup>1</sup>Gegen Ende des Vorbereitungsdienstes erstellen die Seminarleiter Gutachten, in denen
1. die Unterrichtskompetenz,
  2. die erzieherische Kompetenz und
  3. die Handlungs- und Sachkompetenz
- eines jeden Bewerbers unter Verwendung der Notenstufen des § 5 Abs. 1 bewertet werden. <sup>2</sup>In die Bewertung der erzieherischen Kompetenz sind Tätigkeiten (z. B. Projekte, Schülerausstellungen, Mitwirkung bei Schullandheimaufenthalten) einzubeziehen, die im Rahmen des Vorbereitungsdienstes durchgeführt werden. <sup>3</sup>Bei der Bewertung der Handlungs- und Sachkompetenz ist die Mitwirkung bei Prozessen der Inneren Schulentwicklung zu berücksichtigen. <sup>4</sup>Beobachtungen hinsichtlich der Tätigkeit in einem Erweiterungsfach nach dem Zweiten Teil dieser Prüfungsordnung können bei der Bewertung der erzieherischen Kompetenz und der Handlungs- und Sachkompetenz angemessen berücksichtigt werden.“
- c) In Abs. 2 wird das Wort „Beurteilung“ durch das Wort „Gutachten“ ersetzt.
- d) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort „(Seminar)note“ gestrichen.
- bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„<sup>2</sup>Dabei zählen die Noten der Unterrichtskompetenz und der erzieherischen Kompetenz je dreifach und die Note der Handlungs- und Sachkompetenz zweifach.“

17. § 20 wird wie folgt geändert:

a) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nr. 2 wird das Wort „Klausur“ durch die Worte „schriftlichen Prüfung“ ersetzt.

bb) Nr. 5 erhält folgende Fassung:

„5. der nach § 19 Abs. 3 ermittelten Durchschnittsnote aus den Noten der Unterrichtskompetenz, der erzieherischen Kompetenz und der Handlungs- und Sachkompetenz.“

b) Satz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Nach dem Wort „fünffach“ werden ein Komma und die Worte „die nach § 19 Abs. 3 ermittelte Durchschnittsnote aus den Noten der Unterrichtskompetenz, der erzieherischen Kompetenz und der Handlungs- und Sachkompetenz dreifach“ eingefügt.

bb) Das Wort „zwölf“ wird durch das Wort „dreizehn“ ersetzt.

c) Satz 4 erhält folgende Fassung:

„<sup>4</sup>Im Fall des § 7 Abs. 1 geht nur die für den ergänzenden Vorbereitungsdienst nach § 19 Abs. 3 ermittelte Durchschnittsnote aus den Noten der Unterrichtskompetenz, der erzieherischen Kompetenz und der Handlungs- und Sachkompetenz in die Ermittlung der Gesamtnote ein.“

18. In § 21 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 wird das Wort „Klausur“ durch die Worte „schriftlichen Prüfung“ ersetzt.

19. § 23 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) <sup>1</sup>Durch Ablegung einer im Rahmen der Zweiten Lehramtsprüfung durchgeführten Erweiterungsprüfung kann die Lehrbefähigung auf ein weiteres Fach erstreckt werden, das vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus gemäß § 2 Satz 2 der Studienordnung für das Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern (FISO) vom 9. August 2005 (GVBl S. 436; ber. S. 516, BayRS 2038-3-4-8-7-UK) als Erweiterungsfach zugelassen wurde. <sup>2</sup>Die Erweiterungsprüfung ist zusammen mit der Zweiten Lehramtsprüfung abzulegen.“

b) Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 1 wird aufgehoben.

bb) Die bisherigen Nrn. 2 und 3 werden Nrn. 1 und 2.

c) Es wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) <sup>1</sup>Vor der Festsetzung des ersten Prüfungstermins im Erweiterungsfach kann durch schriftliche Erklärung auf die Teilnahme an der Prüfung verzichtet werden. <sup>2</sup>In diesem Fall gilt sie als nicht abgelegt.“

20. Nach § 25 wird folgender § 25a eingefügt:

„§ 25a

Zusammenfassendes Ergebnis

(1) <sup>1</sup>Für Prüfungsteilnehmer, die die Zweite Lehramtsprüfung und die Erweiterungsprüfung nach dem Zweiten Teil dieser Prüfungsordnung bestanden haben, wird eine zusammenfassende Note gebildet. <sup>2</sup>Dabei wird die Gesamtprüfungsnote der Zweiten Lehramtsprüfung gemäß § 20 vierfach und die Gesamtnote der Erweiterungsprüfung gemäß § 24 einfach gewertet.

(2) <sup>1</sup>Für Prüfungsteilnehmer, die eine zusammenfassende Note erhalten haben, wird innerhalb der Gruppe, die durch die Fächerverbindung der Zweiten Lehramtsprüfung und das Erweiterungsfach bestimmt ist, auf Grund der zusammenfassenden Note eine Platzziffer festgesetzt; diese ist nicht die Platzziffer im Sinn des § 36 der Laufbahnverordnung. <sup>2</sup>§ 22 Abs. 3 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass bei gleichen Noten das bessere Ergebnis in den Prüfungslehrproben der Zweiten Lehramtsprüfung zur besseren Platzziffer führt.

(3) <sup>1</sup>Prüfungsteilnehmer, für die eine zusammenfassende Note festgesetzt wurde, erhalten eine Bescheinigung, in der die Gesamtprüfungsnote der Zweiten Lehramtsprüfung gemäß § 20, die Gesamtnote der Erweiterungsprüfung gemäß § 24, die zusammenfassende Note gemäß Abs. 1 und die Platzziffer gemäß Abs. 2 angegeben werden. <sup>2</sup>In der Bescheinigung wird ferner angegeben, für wie viele Teilnehmer dieser Gruppe eine Platzziffer nach Abs. 2 ermittelt wurde. <sup>3</sup>Wird die gleiche Platzziffer an mehreren Prüfungsteilnehmer erteilt, so ist auch deren Zahl anzugeben. <sup>4</sup>§§ 22 und 24 bleiben unberührt.“

21. § 27 wird aufgehoben.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

(2) <sup>1</sup>§ 1 Nr. 1 Buchst. a, Nr. 3 Buchst. c, Nr. 4 Buchst. c, Nrn. 7, 9 Buchst. a Doppelbuchst. cc, Buchst. b, Nrn. 10, 12, 15, 17 Buchst. a Doppelbuchst. aa, Nr. 18 gelten erstmals im Prüfungstermin 2008. <sup>2</sup>§ 1 Nr. 5 Buchst. b gilt bis dahin mit der Maßgabe, dass die Leiter der Prüfungsämter Prüfer für die Bewertung der Klausur aus dem Kreis der Personen zu bestimmen haben, die zu Mitgliedern der Prüfungskommissionen ernannt werden können.

(3) <sup>1</sup>§ 1 Nr. 1 Buchst. b, Nr. 3 Buchst. d, Nrn. 6, 16, 17 Buchst. a Doppelbuchst. bb, Buchst. b und c gelten erstmals für Fachlehreranwärter, die 2006 in den

Vorbereitungsdienst eintreten oder 2007 einen Vorbereitungsdienst gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 FPO II beginnen. <sup>2</sup>Für Fachlehreranwärter, die 2006 einen Vorbereitungsdienst gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 FPO II beginnen, kommen insoweit die bisher geltenden Vorschriften zur Anwendung.

(4) Abweichend von § 1 Nr. 5 Buchst. d kommt für Prüfungsteilnehmer, die die pädagogisch-didaktische Ausbildung gemäß § 51 Abs. 8 der Studienordnung für das Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern (FISO) vom 9. August 2005 (GVBl S. 436; ber. S. 516, BayRS 2038-3-4-8-7-UK) erfolgreich absolviert hatten, § 4 Abs. 5 FPO II in der bis zum 31. Dezember 2005 geltenden Fassung zur Anwendung.

(5) Abweichend von § 1 Nr. 9 Buchst. c Doppelbuchst. bb sind die Termine der Prüfungslehrproben im Prüfungstermin 2006 den Prüfungsteilnehmern spätestens zehn Tage vorher bekannt zu geben.

München, den 14. Dezember 2005

Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider  
Staatsminister



2236-6-1-3-UK

**Verordnung  
zur Aufhebung der  
Fachschulordnung Hauswirtschaft  
Vom 19. Dezember 2005 (GVBl S. 710)**

Auf Grund von Art. 89 und 128 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414; ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 272), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Die Schulordnung für die Fachschulen für Hauswirtschaftswirtschaft (Fachschulordnung Hauswirtschaft – FSOHw) vom 18. August 1988 (GVBl S. 278, BayRS 2236-6-1-3-UK), geändert durch Verordnung vom 30. Dezember 1994 (GVBl 1995 S. 33), wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

München, den 19. Dezember 2005

Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider  
Staatsminister

2210-1-1-10-WFK

**Dritte Verordnung  
zur Änderung der  
Verordnung über die Virtuelle Hochschule Bayern**

**Vom 19. Dezember 2005 (GVBl S. 708)**

Auf Grund von Art. 55 Abs. 2 Satz 1 in Verbindung mit Art. 135 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl S. 740, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 18 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

**§ 1**

Die Verordnung über die Virtuelle Hochschule Bayern vom 4. Mai 2000 (GVBl S. 346, BayRS 2210-1-1-10-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. September 2004 (GVBl S. 396), wird wie folgt geändert:

**1. § 1 wird wie folgt geändert:**

a) In Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „des Wissenschaftlichen Rats“ durch die Worte „der Mitgliederversammlung“ ersetzt.

b) Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) <sup>1</sup>Die Virtuelle Hochschule Bayern unterhält eine Geschäftsstelle in Bamberg und in Hof. <sup>2</sup>Das Personal der Geschäftsstelle in Hof ist der Fachhochschule Hof zugeordnet. <sup>3</sup>Das Personal der Geschäftsstelle in Bamberg ist der Otto-Friedrich-Universität Bamberg zugeordnet.“

**2. § 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:**

a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Entwicklung“ die Worte „und Verbreitung“ eingefügt und die Worte „einschließlich der postgradualen Studien und des weiterbildenden Studiums“ gestrichen.

b) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nr. 3 wird das Wort „Nummer“ durch „Nr.“ ersetzt.

bb) In Nr. 4 werden vor dem Wort „Betreuung“ die Worte „Koordinierung der“ eingefügt.

cc) In Nr. 6 wird vor dem Wort „Verbreitung“ das Wort „hochschulübergreifende“ eingefügt.

**3. § 3 wird wie folgt geändert:**

a) In Abs. 3 Satz 2 wird das Wort „Absatz“ durch „Abs.“ ersetzt.

b) Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Das Nähere wird durch Satzung der Virtuellen Hochschule Bayern geregelt.“

**4. § 4 wird wie folgt geändert:**

a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Organe der Virtuellen Hochschule Bayern sind:

1. das Präsidium,
2. der Geschäftsführer,
3. die Mitgliederversammlung,
4. die Programmkommission.“

b) In Abs. 2 wird das Wort „Absatz“ durch „Abs.“ ersetzt und nach dem Wort „Hochschulgesetzes“ das Wort „entsprechend“ eingefügt.

**5. § 5 wird wie folgt geändert:**

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Präsidium“.

b) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Direktorium“ durch das Wort „Präsidium“, das Wort „drei“ durch das Wort „zwei“ und die Worte „zwei Professoren“ durch die Worte „einem Professor“ ersetzt.

bb) Sätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„<sup>2</sup>Die Professoren werden für die Dauer von vier Jahren von der Mitgliederversammlung gewählt, die gleichzeitig einen Professor als Präsidenten bestimmt. <sup>3</sup>Die übrigen Mitglieder des Präsidiums führen die Bezeichnung Vizepräsident.“

cc) Es wird folgender Satz 4 angefügt:

„<sup>4</sup>Die Mitgliederversammlung bestimmt zusätzlich zwei stellvertretende Vizepräsidenten, und zwar je einen für den Bereich der Universitäten bzw. der Fachhochschulen.“

c) In Abs. 2 Satz 1 wird das Wort „Direktorium“ durch das Wort „Präsidium“ ersetzt.

d) Abs. 3 wird aufgehoben.

e) Die bisherigen Abs. 4 bis 6 werden Abs. 3 bis 5.

f) Abs. 3 (neu) erhält folgende Fassung:

„(3) Das Präsidium bestellt den Geschäftsführer.“

g) In Abs. 4 (neu) Satz 2 werden die Worte „andere Mitglieder des Direktoriums“ durch die Worte „die Vizepräsidenten“ ersetzt.

6. § 6 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird das Wort „Direktorium“ durch das Wort „Präsidium“ und das Wort „Kommissionen“ durch das Wort „Programmkommission“ ersetzt.

b) In Satz 2 werden die Worte „sowie der Koordinierungsstellen“ gestrichen.

7. §§ 7 und 8 erhalten folgende Fassung:

### „§ 7

#### Mitgliederversammlung

(1) <sup>1</sup>In die Mitgliederversammlung entsendet jede Trägerhochschule einen bevollmächtigten Vertreter, der an der jeweiligen Hochschule die Aufgaben des Beauftragten für die Angelegenheiten der Virtuellen Hochschule Bayern wahrnimmt. <sup>2</sup>Die Amtszeit der bevollmächtigten Vertreter wird von deren jeweiliger Trägerhochschule festgelegt.

(2) Bei Abstimmungen entfällt auf jede Trägerhochschule je angefangene 5 000 Studierende eine Stimme.

(3) Die Mitgliederversammlung wählt aus dem Kreis ihrer Mitglieder eine Frauenbeauftragte bzw. einen Frauenbeauftragten.

(4) Die Mitgliederversammlung

1. wählt das Präsidium,
2. beschließt über die von der Virtuellen Hochschule Bayerns zu erlassenden Rechtsvorschriften,
3. wählt die Mitglieder der Programmkommission,
4. beschließt über Planungen zur weiteren Entwicklung der Virtuellen Hochschule Bayern,
5. beschließt über Grundsatzfragen und Schwerpunkte des Haushalts,
6. beschließt über grundsätzliche organisatorische Fragen.

### § 8

#### Programmkommission

(1) Die Programmkommission unterstützt das Präsidium bei der Planung und Koordinierung der Lehr- und Lernangebote der Virtuellen Hochschule Bayern.

(2) Der Programmkommission gehören an:

1. drei Vizepräsidenten bzw. Prorektoren für Lehre von Universitäten,
2. zwei Vizepräsidenten bzw. Prorektoren für Lehre von Fachhochschulen,
3. drei weitere Experten, von denen zumindest einer von einer außerbayerischen Hochschule und zumindest je einer von einer Universität bzw. einer Fachhochschule stammt.

(3) <sup>1</sup>Die Programmkommission wählt ein vorsitzendes Mitglied. <sup>2</sup>Die Amtszeit der Mitglieder der Programmkommission beträgt vier Jahre. <sup>3</sup>Verliert ein Mitglied nach Abs. 2 Nrn. 1 oder 2 seinen Status als Vizepräsident bzw. Prorektor, so bleibt dieses Mitglied so lange im Amt, bis die Mitgliederversammlung einen Nachfolger gewählt hat.

(4) Die Programmkommission kann zur Unterstützung ihrer Arbeit im Einzelfall weitere Experten hinzuziehen, insbesondere auch aus den Gruppen von Fächern, für die die Virtuelle Hochschule Bayern ein Lehrangebot anbietet oder vorbereitet.

8. §§ 9 und 10 werden aufgehoben.

9. Der bisherige § 11 wird § 9 und erhält folgende Fassung:

### „§ 9

#### In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 2000 in Kraft.“

### § 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2005 in Kraft.

München, den 19. Dezember 2005

Bayerisches Staatsministerium  
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel  
Staatsminister

## II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2030-UK

### Führungskräftestandards in der bayerischen Staatsverwaltung (FKSBayStV)

#### Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und

#### für Wissenschaft, Forschung und Kunst

vom 7. Dezember 2005

Nr. II.5-5 P 1060.1-1.73 641

und A 3-M.1323.1-8/31 649

### I. Führungskräftestandards

Der Ministerrat hat am 13. Juli 2004 folgende Führungskräftestandards beschlossen, die hiermit bekannt gemacht werden:

#### 1. Leitgedanken

Die staatliche Verwaltung im Freistaat wird einer grundlegenden Reform unterzogen. Verwaltungsabläufe und -strukturen werden gestrafft. Aufgaben, die der Staat nicht zwingend selbst erledigen muss, werden abgebaut. Ziel ist ein insgesamt schlanker Staat und ein schlanker öffentlicher Dienst. Dieser Modernisierungsprozess bringt nicht nur eine Veränderung des geltenden Rechts, er bedingt – neben dem Aufbau neuer Strukturen und Systeme – eine Änderung des Verhaltens und Handelns innerhalb der Verwaltung. Das gilt insbesondere für die Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung. Sie sind Träger des neuen Wissens, Motivatoren und Vermittler im Veränderungsprozess.

Die Führungskräftestandards beschreiben die Anforderungen, die heute an Führungskräfte der oberen und mittleren Führungsebene in der bayerischen Staatsverwaltung zu stellen sind. Ihre Verankerung haben die Führungskräftestandards im verfassungsmäßigen Leistungsprinzip. Sie definieren Eignungs- und Befähigungsmerkmale für die gestellte Führungsaufgabe.

Die Führungskräftestandards tragen aber auch der Tatsache Rechnung, dass erfolgreiches Führungsverhalten wie auch eine effiziente Verwaltungskultur sich konsequent am Menschen ausrichten muss.

Verbindliche Führungskräftestandards geben damit Inhalte und Orientierung für die Auswahl von

Führungskräften vor und sie ermöglichen (und bedingen) ein auf Wettbewerb und Leistung ausgerichtetes Auswahlverfahren. In diesem Sinne beinhalten die nachfolgenden Führungskräftestandards sowohl Qualifikationen als auch persönliche Kompetenzen. Führungskompetenzen, Qualifikationen und eine überdurchschnittliche Fachkompetenz und Leistungsbereitschaft sind verbindliche Voraussetzung für die Übertragung von Führungsaufgaben in der öffentlichen Verwaltung.

#### 2. Qualifikation der Führungskraft

Unabdingbar für eine Führungskraft der bayerischen Staatsverwaltung sollte sein

- eine fundierte Werteorientierung, die ihren Ausdruck findet in einem ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit und Verantwortung;
- eine Persönlichkeit, die durch das eigene Vorbild führt und Glaubwürdigkeit und Loyalität vermittelt;
- eine Reflexions- und Lernbereitschaft, die sich in einer großen Bereitschaft zu Fortbildung und Information spiegelt.

Davon abgeleitet sind Kompetenzen, über die Bewerber auf Führungspositionen im oben genannten Sinne verfügen sollten. Die Kompetenzen sind in drei Bereiche (persönliche/soziale/strategisch-methodische) untergliedert. Bei Überschneidungen der Bereiche im Einzelfall erfolgt die Zuordnung nach dem Gesichtspunkt der überwiegenden Zugehörigkeit.

##### 2.1 Persönliche Kompetenzen

Persönliche Kompetenzen beschreiben notwendige Persönlichkeitsmerkmale, innere Einstellungen und Wertvorstellungen der Führungskraft.

- Kreativität und Innovationsfähigkeit
- Emotionale Stabilität und Belastbarkeit
- Selbstmotivation und Eigenverantwortung
- Flexibilität
- Entscheidungsstärke
- Beurteilungsvermögen

##### 2.2 Soziale Kompetenzen

Soziale Kompetenzen beschreiben die Fähigkeit der Führungskraft, mit anderen erfolgreich in Beziehung zu treten und konstruktiv zusammenzuwirken.

- Fähigkeit
  - klar zu formulieren,
  - umfassend zu informieren,



- zu loben und zu kritisieren,
- Kritik anzunehmen,
- Fähigkeit, sich und andere zu begeistern
- Fähigkeit
  - im Team zu arbeiten,
  - zu vermitteln,
  - zu moderieren,
  - Kompromisse zu finden,
  - Konflikte zu bewältigen,
- Durchsetzungsfähigkeit
- Einfühlungsvermögen
- Auftreten und Außenwirkung

### 2.3 Strategische/methodische Kompetenzen

Strategische/methodische Kompetenzen beschreiben die Fähigkeit der Führungskraft, die Arbeit unter übergeordneten Gesichtspunkten zu analysieren, zu planen und aktiv zu steuern sowie die eigene Arbeit wie auch die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Anwendung von Methoden und Techniken erfolgreich zu gestalten.

Das umfasst im Einzelnen die Fähigkeit oder Fertigkeit,

- vielgestaltige/unterschiedliche Anforderungen zu bewältigen,
- übergeordnete Gesichtspunkte zu erkennen,
- Aufgaben und Ziele zu formulieren,
- Planungen zu entwerfen,
- bereichs- und behördenübergreifend zu denken und zu arbeiten,
- zu organisieren,
- Probleme sachgerecht zu lösen,
- Inhalte/Sachverhalte überzeugend zu präsentieren,
- mit den Medien angemessen und kompetent umzugehen,
- mit Ressourcen (finanziell und personell) kompetent umzugehen.

### 3. Führungsfortbildung

Führungsfortbildung ist eine Pflichtaufgabe für Führungskräfte. Die Übertragung von Führungstätigkeiten ist an den Nachweis einer systematischen Führungsfortbildung gebunden.

### 4. Umsetzung

Die Ermittlung des Potenzials (Qualifikationen und Kompetenzen) von zukünftigen Führungskräften gehört zu den wesentlichen Aufgaben aller Vorgesetzten im Rahmen der Personalentwicklung.

Der Ausbau des Potenzials liegt sowohl in der Verantwortung der Vorgesetzten als auch in der Bereitschaft des Einzelnen, dieses Potenzial durch Fortbildung auszubauen. Die Führungskräftestandards sollen in Beurteilungen, Mitarbeitergespräche und Zielvereinbarungen einfließen.

Die Führungskräftestandards sind bei wettbewerbsorientierten Auswahlverfahren verbindlich zu berücksichtigen. Die Vorschläge zur Besetzung von Führungspositionen sind unter Bezug auf Führungskräftestandards wie auf Fachkompetenz zu begründen.

## II. Ressortspezifischer Anwendungsbereich der Führungskräftestandards

### 1. Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

#### Staatsministerium

- Amtschef/Amtschefin
- Abteilungsleiter/Abteilungsleiterin
- Referatsleiter/Referatsleiterin

#### Dem Staatsministerium unmittelbar nachgeordneter Bereich

- Direktor/Direktorin der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
- Direktor/Direktorin des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung
- Direktor/Direktorin der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung

#### Schulverwaltung und Schulen

- Leiter/Leiterin der Abteilung Schul- und Bildungswesen an einer Regierung
- Sachgebietsleiter/Sachgebietsleiterin in der Abteilung Schul- und Bildungswesen an einer Regierung
- Fachlicher Leiter/fachliche Leiterin eines Staatlichen Schulamts
- Ministerialbeauftragter/Ministerialbeauftragte für die Realschulen
- Leiter/Leiterin einer Realschule
- Ministerialbeauftragter/Ministerialbeauftragte für die Gymnasien
- Leiter/Leiterin eines Gymnasiums
- Ministerialbeauftragter/Ministerialbeauftragte für die Berufsoberschulen und die Fachoberschulen
- Leiter/Leiterin einer beruflichen Schule

### 2. Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

#### Staatsministerium

- Amtschef/Amtschefin
- Abteilungsleiter/Abteilungsleiterin
- Referatsleiter/Referatsleiterin

#### Hochschulen

- Kanzler/Kanzlerinnen
- der Universitäten
- der Fachhochschulen
- der Kunsthochschulen

#### Museen und Sammlungen

Generaldirektor/Generaldirektorin

- des Bayerischen Nationalmuseums
- der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen
- der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns

Leiter/Leiterin

- der Neuen Sammlung München
- des Museums für Abgüsse Klassischer Bildwerke
- der Archäologischen Staatssammlung
- des Bayerischen Armeemuseums
- des Deutschen Theaternuseums
- des Neuen Museums Nürnberg

- des Bayerischen Textil- und Industriemuseums
- der Staatlichen Antikensammlungen und Glyptothek
- der Staatlichen Graphischen Sammlung
- der Staatlichen Münzsammlung
- des Staatlichen Museums Ägyptischer Kunst
- des Staatlichen Museums für Völkerkunde

### Theater

Verwaltungsdirektoren/Verwaltungsdirektorinnen

- der Bayerischen Staatstheater
- der Bayerischen Theaterakademie

### Archive und Bibliotheken

Generaldirektor/Generaldirektorin

- der Staatlichen Archive Bayerns
- der Bayerischen Staatsbibliothek

Leiter/Leiterin

- des Bayerischen Hauptstaatsarchivs
- des Staatsarchivs Amberg
- des Staatsarchivs Augsburg
- des Staatsarchivs Bamberg
- des Staatsarchivs Coburg
- des Staatsarchivs Landshut
- des Staatsarchivs München
- des Staatsarchivs Nürnberg
- des Staatsarchivs Würzburg

Leiter/Leiterin

- der Staatsbibliothek Bamberg
- der Landesbibliothek Coburg
- der Staatlichen Bibliothek Passau
- der Staatlichen Bibliothek Regensburg

### Sonstige Einrichtungen

Generalkonservator/Generalkonservatorin des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege

Direktor/Direktorin

- des Hauses der Bayerischen Geschichte
- des Zentralinstituts für Kunstgeschichte
- des Internationalen Künstlerhauses Villa Concordia Bamberg

Verwaltungsleiter/Verwaltungsleiterin des Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung.

Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus

E r h a r d  
Ministerialdirektor

Bayerisches Staatsministerium  
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

M o c k e r  
Ministerialdirigent

223601-UK

## **Ausgleich von Prüfungsnachteilen an Berufsfachschulen, Wirtschaftsschulen, Fachschulen und Fachakademien aufgrund dauernder Behinderung**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus**

**vom 23. Dezember 2005 Nr. VII.9-5 S 9500-7.129 692**

### 1. <sup>1</sup>Gemäß

- § 110 Abs. 1 der Schulordnung für die Wirtschaftsschulen in Bayern,
- § 91 Abs. 2 der Schulordnung für die Berufsfachschulen für Hauswirtschaft, für Kinderpflege und für Sozialpflege,
- § 76 Abs. 2 der Schulordnung für die Berufsfachschulen für Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, Altenpflege, Krankenpflegehilfe, Altenpflegehilfe und Hebammen,
- § 67 Abs. 2 der Schulordnung für die Berufsfachschulen für Fremdsprachenberufe,
- § 75 Abs. 2 der Schulordnung für zweijährige Fachschulen,
- § 65 Abs. 2 der Schulordnung für die Fachschulen für Heilerziehungspflege und für Heilerziehungspflegehilfe,
- § 64 Abs. 2 der Schulordnung für die Fachschulen für Altenpflege, für Altenpflegehilfe und für Familienpflege,
- § 63 Abs. 2 der Schulordnung für zweijährige Fachakademien,
- § 69 Abs. 2 der Schulordnung für die Fachakademien für Sozialpädagogik,
- § 68 Abs. 2 der Schulordnung für die Fachakademien für Fremdsprachberufe in Bayern und
- § 48 Abs. 2 der Schulordnung für die Fachakademien für Hauswirtschaft

werden die Regierungen beauftragt, über den Ausgleich von Prüfungsnachteilen aufgrund dauernder Behinderung zu entscheiden. <sup>2</sup>Bei Schülern und Studierenden mit Legasthenie richtet sich der Nachteilsausgleich nach der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus über die Förderung von Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und des Rechtschreibens vom 16. November 1999 (KWMBI I S. 379), geändert durch Bekanntmachung vom 11. August 2000 (KWMBI I S. 403).

2. <sup>1</sup>Diese Bekanntmachung tritt am 1. Februar 2006 in Kraft. <sup>2</sup>Gleichzeitig tritt die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus zum Ausgleich von Prüfungsnachteilen an Berufsfachschulen, Wirtschaftsschulen, Fachschulen und Fachakademien aufgrund dauernder Behinderung vom 5. Oktober 2001 (KWMBI I S. 415) außer Kraft.

Dr. B e r g g r e e n - M e r k e l  
Ministerialdirigentin

20323-UK

### **Prüfungsvergütungen und Vergütungen für Aufsichtführende bei Prüfungen nach der Lehramtsprüfungsordnung I**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus**

**vom 4. Januar 2006 Nr. III.1-5 S 4011-PRA.338**

1. Die §§ 2, 3, 4, 5 und 6 Nrn. 1 und 2 der Verordnung über die Gewährung von Vergütungen bei Prüfungen nach der Lehramtsprüfungsordnung I (VergV-LPO I) vom 17. Mai 2004 (GVBl S. 202, BayRS 2032-3-4-5-UK), geändert durch Verordnung vom 17. November 2005 (GVBl S. 577) gelten entsprechend für Prüfer und Prüferinnen sowie örtliche Prüfungsleiter und Prüfungsleiterinnen, die nicht Professoren, Professorinnen, beamtete wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Oberassistenten, Oberassistentinnen, Obergeringenieure und Obergeringenieurinnen sind, für Mitglieder der Prüfungshauptausschüsse jedoch nur, soweit es sich nicht um eine Dienstaufgabe im Hauptamt handelt.
2. Aufsichtführenden Personen, die nicht Professoren, Professorinnen, beamtete wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Oberassistenten, Oberassistentinnen, Obergeringenieure und Obergeringenieurinnen sind, wird bei der Ersten Staatsprüfung für die Lehramter an öffentlichen Schulen je angefangene Stunde Aufsichtstätigkeit folgende Vergütung gewährt:
  - a) soweit es sich um Lehrkräfte, die im aktiven Dienst stehen, handelt 2,90 €,
  - b) soweit es sich um Ruhestandsbeamte und Personen, die sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befinden, handelt 9,00 €.

Der Anspruch auf Reisekostenvergütung bleibt unberührt.

Die Aufsichtsvergütung darf nicht gewährt werden, wenn die Tätigkeit der aufsichtführenden Person zu deren Dienstaufgaben im Hauptamt gehört oder die aufsichtführende Person nicht Lehrer oder Lehrerin ist und die Tätigkeit während der Dienstzeit ausführt.
3. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft. Mit Ablauf des 31. Dezember 2004 tritt die Bekanntmachung über Prüfungsvergütungen und Vergütungen für Aufsichtführende vom 23. Juni 2004 (KWMBI I S. 164) außer Kraft; sie gilt noch für die Auszahlung von Prüfungsvergütungen, Vergütungen für die Mitglieder der Prüfungshauptausschüsse, Vergütungen für örtliche Prüfungsleiter und Prüfungsleiterinnen sowie Vergütungen für aufsichtführende Personen, die auf Leistungen beruhen, die bis zum Ablauf des 31. Dezember 2004 erbracht wurden.

Dr. Berggreen - Merkel  
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2006 S. 43

20383.4-UK

### **Ausführungsbestimmungen zur Prüfungsordnung für die Anstellungsprüfung – II. Lehramtsprüfung – der Fachlehrer (ABFPO II)**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus**

**vom 12. Januar 2006 Nr. IV.6-5 S 7170-4.2 388**

1. Zum Vollzug der Prüfungsordnung für die Anstellungsprüfung (II. Lehramtsprüfung) der Fachlehrer – FPO II – vom 12. Dezember 1996 (GVBl S. 562, ber. GVBl 1997 S. 23, BayRS 2038-3-4-8-10-UK), geändert durch Verordnung vom 14. Dezember 2005, GVBl S. 698, wird Folgendes bestimmt bzw. wird auf Folgendes hingewiesen:
  - 1.1 **Zu § 1 FPO II (Zweck der Prüfung):**

Aus dem Bestehen der Prüfung kann kein Anspruch auf Verwendung im öffentlichen Schuldienst abgeleitet werden.
  - 1.2 **Zu § 4 FPO II (Prüfungsämter, Prüfungskommissionen):**

Abs. 3:  
Die Leiter der Prüfungsämter haben neben den in der FPO II ausdrücklich genannten Aufgaben auch

    1. den Prüfungsort zu bestimmen und die örtlichen Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Vorbereitung und Durchführung der Prüfungen zu treffen,
    2. den schriftlichen Teil der Prüfung durch Aufsichtspersonen überwachen zu lassen,
    3. die Gesamtprüfungsnote festzustellen,
    4. das Prüfungszeugnis oder die Bescheinigungen nach §§ 22, 24, 25a FPO II auszustellen,
    5. für die vertrauliche Behandlung der Prüfungsaufgaben zu sorgen.

#### **1.3 Zu § 14 FPO II (Schriftliche Hausarbeit):**

Der Umfang der Hausarbeit soll in der Regel 25 Schreibmaschinenseiten nicht überschreiten. Am Schluss der schriftlichen Hausarbeit ist zu versichern, dass sie in allen Teilen selbstständig gefertigt, dabei keine anderen als die in der schriftlichen Hausarbeit angegebenen Hilfsmittel benutzt und sie nicht schon anderweitig als Prüfungsarbeit eingereicht wurde. Die Stellen der schriftlichen Hausarbeit, die wörtlich oder dem Sinn nach der Literatur oder anderen Quellen entnommen sind, müssen in jedem einzelnen Fall in der für wissenschaftliche Arbeiten üblichen Form als Entlehnung kenntlich gemacht sein. Erweist sich die Versicherung ganz oder teilweise als unwahr, so liegt ein Täuschungsversuch im Sinn des § 6 FPO II vor. Eine anderweitige Verwendung der schriftlichen Hausarbeit ist den Prüfungsteil-

nehmern vor Aushändigung des Prüfungszeugnisses nicht gestattet.

#### Abs. 2

Die Themen, die Zeitpunkte ihrer Vergabe und der Ablieferung der Hausarbeiten sind von den Seminarleitern schriftlich festzuhalten.

#### Abs. 6

Jeder der beiden Prüfer bewertet die schriftliche Hausarbeit mit einer Note nach § 5 Abs. 1 FPO II und legt die wesentlichen Gründe für die Bewertung in einer Bemerkung nieder. Die sprachliche Darstellung und die äußere Form werden bei der Beurteilung mitgewertet.

### **1.4 Zu § 15 FPO II (Schriftliche Prüfung)**

Bei der Fertigung der Reinschrift der schriftlichen Prüfung sind die Verwendung von Kurzschrift und der Gebrauch von Blei- und Tintenstiften nicht gestattet. Durchschriften dürfen nicht angefertigt werden.

Zeitpunkt und Dauer der Abwesenheit von Prüfungsteilnehmern werden durch eine Aufsichtsperson in der Prüfungsarbeit an der Stelle der Unterbrechung sowie in der Niederschrift (§ 2 Abs. 2 FPO II) vermerkt.

Eine der Aufsichtspersonen stellt die Zahl der abgegebenen Prüfungsarbeiten fest, verschließt sie sofort in einem Umschlag (Papiersiegel) und übermittelt sie der vom Prüfungsamt bestimmten Stelle.

Eine der Aufsichtspersonen führt die Niederschrift über die schriftliche Prüfung (§ 2 Abs. 2 FPO II). In der Niederschrift ist insbesondere festzustellen, ob die Aufgabe ordnungsgemäß unter Aufsicht und unter Einhaltung der festgesetzten Arbeitszeit bearbeitet wurde; ferner ist der Niederschrift ein Verzeichnis der zur Prüfung zugelassenen Personen (Prüfungsteilnehmer) beizufügen, in dem die ausgelosten Arbeitsplatznummern eingetragen sind.

### **1.5 Zu § 16 FPO II (Prüfungslehrproben):**

Über jede Prüfungslehrprobe ist eine Niederschrift (§ 2 Abs. 2 FPO II) zu erstellen, aus der Zeitpunkt, Verlauf, Vorzüge und Schwächen der Lehrprobe und die Note hervorgehen. Die Niederschrift ist von den Mitgliedern der Prüfungskommission zu unterschreiben und dem Prüfungsamt zuzuleiten.

### **1.6 Zu § 17 FPO II (Mündliche Prüfungen)**

Über jede mündliche Prüfung ist von einem Prüfer eine Niederschrift (§ 2 Abs. 2 FPO II) zu fertigen. In ihr werden der Zeitpunkt des Beginns und des Endes der mündlichen Prüfung und die darin gestellten Hauptfragen, die Bewertung der Leistung des Prüfungsteilnehmers durch jeden der beiden Prüfer und die endgültige Note festgehalten. In der Niederschrift ist außerdem anzugeben, ob die Note durch Einigung der beiden Prüfer zustande kam. Die Niederschrift wird von beiden Prüfern unterschrieben und dem Prüfungsamt zugeleitet.

2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2006 in Kraft. Nr. 1.4 kommt erstmals im Prüfungstermin 2008 zur Anwendung.

Erhard  
Ministerialdirektor

KWMBI I 2006 S. 43

223011.114-UK

## **Zulassung von Lernmitteln**

### **Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**

**vom 17. Januar 2006 Nr. III.6-5 S 1321.1-5.3 098**

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit \* gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

### **Lernmittelfreie Lernmittel Allgemein bildende Schulen Hauptschule**

#### **Mathematik**

**C.C. Buchners Verlag, Bamberg/  
Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

**\*Formel, Mathematik für Hauptschulen einschließlich  
Mittlere-Reife-Zug**, hrsg. v. Sailer u.a.:  
**8:** BN 6208, 1. Aufl. 06, 18 €, ZN 246/05-V (30.01.06)

### **Berufliche Schulen Fachoberschule / Berufsoberschule**

#### **Mathematik**

**Bildungsverlag EINS, Troisdorf:**

#### **Hinweis:**

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

**\*Mathematik für die berufliche Oberstufe**, v. Hoffmann u.a.:  
**11: Technik**, BN 5970, 3. Aufl. 06, 29,10 €, ZN 96/99-FO (30.01.06)

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am 30. Januar 2006 in Kraft.

Dr. Berggreen-Merkel  
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2006 S. 44